

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

23.12.1910 (No. 352)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 23. Dezember

No 352

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanruf Nr. 154), wofür auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 8. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem zurubegesetzten Hauptlehrer Karl Westreicher, zuletzt an der Volksschule in Kappelrodeck, das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 15. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem königlich preussischen überzähligen Hauptmann von der Lippe im 2. Oberrheinischen Infanterieregiment Nr. 99 das Ritterkreuz zweiter Klasse und dem königlich preussischen Oberstabsarzt Dr. Wiedemann, Regimentsarzt des Eisenbahnregiments Nr. 3, das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub höchst ihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 16. Dezember d. J. gnädigst geruht, für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1911 den Direktor Heinrich Knecht in Mannheim zum Handelsrichterstellvertreter für die Kammern für Handelsachen beim Landgericht Mannheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 16. Dezember d. J. gnädigst geruht, den Obersteuerinspektor Valentin Kirchbaum in Sinsheim zum Finanzrat zu ernennen und ihn seinen untertänigsten Ansuchen entsprechend unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste auf den 1. April 1911 in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschliessung Großh. Ministeriums des Innern vom 19. Dezember 1910 Nr. 55679 wurde der etatsmäßige Aktuar Wilhelm Braun beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Freiburg zum Bezirksamt Konstanz versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Zur Eröffnung des japanischen Reichstags.

Aus Yokohama, 1. Dezember, schreibt uns unser Mitarbeiter:

Die am 22. d. M. (also am heutigen Tage. Red.) beginnende Tagung des japanischen Reichstags verpricht so konfliktreich zu werden, wie schon lange keine Session verlaufen ist. Bald nach Beginn der Tagung dürfte sich zeigen, ob das Kabinett Katsura noch im Amte verbleiben kann oder zurücktreten muß.

Zwei Dinge erregen vor allem die öffentliche Meinung: die Zolltariffschwierigkeiten mit England und die Finanzpolitik Katsuras. Der Minister des Inneren, Graf Komura, wird sich wohl nicht mehr verhehlen, daß seine Abweisung eines Konventionvertrages mit England ein taktischer Fehler gewesen ist. Er hat nicht damit gerechnet, daß die Stimmung in England für Japan schon nicht mehr allzu freundlich war, als er es wagte, der englischen Industrie mit ihrem bedeutenden Absatz an Baumwoll- und Wollfabrikaten nach Japan den Fehdehandschuh des Schutzzolles ohne jede Aussicht auf eine Abmilderung hinzuwerfen. Die japanische Presse macht rücksichtslos die Regierung und vor allem den Grafen Komura für diesen „Affront“ gegenüber England, dem „treuen Verbündeten“, verantwortlich und fordert seinen Rücktritt. Sie vergißt darüber vollkommen, daß der Bedarf besser früher ausgestoßen sein würde, als sie sich nicht genug daran tun konnte, dem Volke klar zu machen, daß die Rückgewinnung der Zollautonomie von der Ehre und dem Ansehen der Großmacht Japan gefordert werde. Verantwortlich sollte sie weiter die große Partei im Landtag, die Seiyukai, dafür machen, die mit ihrer absoluten Stimmenmehrheit die Regierungsvorlage fast ohne Debatte und ohne Änderungen verabschiedet hat, ohne die schweren Folgen überhaupt auch nur zu bedenken, die sich aus solcher für Japan durchaus verfrühten Schutzpolitik ergeben müßten. Die japanische Presse und die Seiyukai tragen also die Schuld, und das wird auch nicht geändert, wenn wirklich Graf Komura die Konsequenzen daraus ziehen und unter dem Vorwand seines allerdings hoffnungslos schweren Leidens, Tuberkulose, von seinem Amte zurücktreten sollte.

Nicht minder heftig tobt der Kampf um die Finanzpolitik der Regierung. Denn die Einführung einer rationalen Finanzwirtschaft, Amortisierung der enormen Schuldenlast und Aufgabe aller nicht unbedingt erforderlichen Punkte des Post-bellum-Programms haben zwar die Finanzen saniert und den Kurs der Staatspapiere gehoben, aber an der wirtschaftlichen Gesamtlage des Landes so gut wie nichts geändert. So standen die Aktien des Katsura-Ministeriums schon schlecht genug, als Mitte November durch eine Indiskretion des Chefs der Staatsschuldverwaltung verfrüht bekannt wurde, daß die Regierung im neuen Budget neue Forderungen für die Erweiterung der Flotte, für Flußregulierung und für Korea zu stellen sich genötigt sehen werde. Wenn die Regierung durch den Mund ihres Premier- und Finanzministers nun auch erklärt hat, daß sie diese Forderungen durch Rückgreifen auf die Depofitenkasse und durch besondere Operationen der Bank von Korea bestreiten wolle, so fragt die Opposition andererseits, ob das nicht nur Verschönerungsversuche für das endgültige Abweichen von der „Nicht-Anleihe-Politik“ des Katsura-Kabinetts sind. Das Rückgreifen auf die doch nicht unerschöpfliche Depofitenkasse, eine Einrichtung, die man auch nur in Japan als stete Anstaltsquelle der Regierung kennt, ist doch nur eine andere Form einer inneren Anleihe. Und Katsura hat ja selbst erklärt, daß man sich nicht scheuen werde, für die Staatsbahn zu einer neuen ausländischen Anleihe zu greifen, wenn der „Geldmarkt“ dazu gute Ansichten habe.

Vielleicht gelingt es Katsura noch einmal, die Seiyukai durch irgendwelche neue Versprechungen zu versöhnen, bevor es zu Erörterungen über das Budget im Landtage kommt. Das müßten die nächsten Wochen zeigen. Dann ist sein Kabinett für ein weiteres Jahr gerettet. Im allgemeinen deuten aber alle Anzeichen mehr auf einen nahen Kabinettswechsel.

Der bayerische Episkopat

hatte in einem Schreiben, das jedem katholischen Lehrer Bayerns durch das zuständige Pfarramt zugestellt wurde, gegen die Haltung der Bayerischen Lehrerzeitung, des Vereinsorgans des Bayerischen Lehrervereins, Stellung genommen unter Angabe von einzelnen Artikeln, die sich gegen katholische Dogmen und die Hierarchie geäußert hatten. Es hieß in diesem Schreiben u. a. wörtlich:

Nachdem hinsichtlich der Bayerischen Lehrerzeitung für die katholischen Mitglieder des Bayerischen Lehrervereins Abonnementzwang besteht, sehen wir uns veranlaßt, im Namen und Auftrag unseres hochwürdigsten Herrn Bischofs das ebenso dringende wie ernste Ersuchen an die katholischen Lehrer unserer Diözese zu stellen, auf die Vorstandsschaft des Bayerischen Lehrervereins einzuwirken zu wollen, daß der Abonnementzwang beseitigt und wenigstens die Redaktion der Bayerischen Lehrerzeitung aufgegeben werde, sich aller Angriffe auf Religion und kirchliche Autorität zu enthalten.

142 katholische Lehrer der Stadt Nürnberg, das ist fast die Gesamtheit, haben nun gestern in einer Entschliessung das Schreiben des erzbischöflichen Ordinariats gegen die Bayerische Lehrerzeitung als Eingriff in innere Vereinsangelegenheiten und als Einschränkung des freien Entschliessungsrechts zurückgewiesen.

Der Spionageprozeß in Leipzig.

Leipzig, 22. Dez. Nach Wiederaufnahme der Sitzung im Reichsgericht verlas gestern nachmittags der Sachverständige Moritzkapitän Täger, die bei der Hausdurchsuchung in einem Hotel aufgefundenen Aufzeichnungen, die sich auf Brunsbüttel und die Nordseeinseln beziehen. Er zitierte u. a. die Stellen aus dem englischen Exzerptreglement, die sich auf Landungen an den feindlichen Küsten beziehen, und wies nach, daß sie von den beiden Angeklagten auf das Genaueste befolgt worden seien. Zunächst wurden die Aufzeichnungen über Brunsbüttel, Sylt, Amrum und Föhr besprochen. Die Angeklagten Trench und Brandon führten die Notizen sehr genau. Der Sachverständige verlas sodann die Notizen der Angeklagten über Curhaven und den Fragebogen über Nordsee. Bei Kiel wurde noch eine bedeutsame Scheinwerferstellung erkundet. Außerdem sind Stützen von Batteriestellungen eingezeichnet. Eine Skizze zeigt eine Schnellfeuerbatterie auf Helgoland.

In der heutigen Sitzung führte Oberreichsanwalt Dr. Zweigert aus: In einem gestrigen Abendblatt habe ich gelesen, ich hätte ausgeführt, England hege Angriffspläne gegen Deutschland. Ich habe eine derartige Erklärung in keiner Weise abgegeben. Ich habe lediglich gesagt, daß die Erkundung der beiden britischen Offiziere mit Rücksicht auf den defensiven Charakter der deutschen Küstenbefestigungen mili-

tärischen Wert nur für einen unbeweglichen Angriff einer fremden Macht auf Deutschland haben könnten. — Darauf wurde zur Vernehmung von Sachverständigen über die Befestigungen auf der Insel Vortum geschritten, und durch den Vorsitzenden, Senatspräsident Dr. Menge, die Öffentlichkeit ausgeschlossen, nur Offiziere werden zugelassen; auch die beiden Vertreter der englischen Regierung wurden von der Verhandlung ausgeschlossen.

Um 11 Uhr 30 Min. trat eine Pause von 20 Minuten ein, sodann folgten die Plaidoyers, zu denen die Öffentlichkeit wieder zugelassen wurde. Reichsanwalt Richter ergriff zuerst das Wort: Die Beweisaufnahme ist in breiter Öffentlichkeit erfolgt, nur in einem Punkte, wo die Interessen des Landes es forderten, ist eine Beschränkung der Öffentlichkeit eingetreten. Nicht übertriebene Spionensucht hat zur Einleitung des Verfahrens geführt. Es handelt sich um planmäßige Aufschaffung von Verteidigungsstellen in der Nordsee, ja, nur Verteidigungsstellen kommen hier in Betracht. Ich habe mich lediglich mit der Tat der Angeklagten zu beschäftigen, und zwar vom strafrechtlichen Standpunkt aus. In Betracht kommen die gemeinschaftlichen Reisen der Angeklagten vom 7. bis 20. August an die Nordseeküsten und nach den ostfriesischen Inseln. Ich könnte mich hierbei lediglich auf das eigene Geständnis der Angeklagten stützen, namentlich auf das, was Kapitän Trench gesagt hat. Sie hatten die Absicht, Rundschiffe zu machen. Es ist davon gesprochen worden, daß die Reise auch zu Erholungszwecken unternommen sein könnte. Das ist ganz ausgeschlossen. Beide segelten von vornherein unter falscher Flagge. Sie müssen gewünscht haben, daß ihre Person im Dunkel bleibe. Die Angeklagten sind beide Angehörige der englischen Marine, und zwar, wie ich glaube, Angehörige, die für die Zwecke des Erkundungsdienstes besonders geeignet vorbereitet worden sind. Leutnant Brandon ist ein Spezialist für die Vermessungsarbeiten, Kapitän Trench für Seeweise und die deutsche Sprache. Beide haben sich auf dem Kadettenschulschiff „Cornwall“ kennen gelernt. Dieses Schiff hat die Kreuztour in der Ostsee unternommen und wir haben von den Herren Sachverständigen gehört, wie auffällig es gewesen ist, daß hierbei alle Häfen Deutschlands und Dänemarks angelaufen worden sind. Der Oberreichsanwalt Dr. Zweigert beantragte im Spionageprozeß gegen jeden der beiden Angeklagten eine Festungstrafe von sechs Jahren, und stellte anheim, die Untersuchungshaft von zwei Monaten, die beide bisher verbüßt haben, mit in Anrechnung zu bringen. (Siehe Artikel unter „Telegrammen“.)

Heer und Marine.

Im Jahrgange 1911 des Gothaischen Hofkalenders steht der deutsche Kaiser Wilhelm II. nicht mehr als Ehrenoberst des königlich portugiesischen 4. Reiterregiments verzeichnet. Daraus hat man gefolgert, daß der Kaiser diese Ehrenstelle nach dem Ausbruche der Revolution, welche die Republik an die Stelle der Monarchie in Portugal setzte, niedergelegt, also gewissermaßen gegen diese Umwälzung protektiert habe. Das ist eine pure Kombination, deren Haltlosigkeit sich aus der einfachen Tatsache ergibt, daß alle Souveräne, die unter dem Königtume Ehrenstellen bei portugiesischen Regimentern innehatten, nicht mehr als solche im „Gotha“ aufgeführt werden. So war der Kaiser Franz Joseph I. von Österreich Inhaber des königlich portugiesischen Infanterieregiments Nr. 5 und der König Alfons XIII. von Spanien Oberst des portugiesischen Infanterieregiments Nr. 16. Bei beiden fehlt diese Würde im Hofkalender für 1911. Woraus hervorgeht, daß die republikanische Regierung Portugals, wie nicht anders zu erwarten war, diese Ehrenstellen, die sich mit dem republikanischen System schwer vereinigen lassen, überhaupt aufgehoben hat. Nach militärischen und höfischen Überlieferungen ist die Vorstellung, daß ein Souverän eine Ehrenstelle in einem republikanischen Heere bekleidet, übrigens ebenso wenig denkbar.

Der Prinzregent von Bayern stellte in einem Handschreiben an den Kriegsminister in Anerkennung der in den letzten Feldzügen bewiesenen Kriegstüchtigkeit und hingebenden Opferwilligkeit der bayerischen Armee 100 000 M. zur Unterstützung der Kriegsveteranen vom Jahre 1870/71 sowie aus den früheren und späteren Kämpfen zur Verfügung, außerdem 100 000 M. als Grundstock einer Stiftung für ein Erholungsheim für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften.

* Übersicht.

Laut der „Straßb. Post“ enthält der für die Reichslände vorgelegene Verfassungsentwurf eine wichtige Bestimmung, die in der Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht enthalten war. Die Bestimmung sagt: „Es bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten, eine geeignete Vertretung der Arbeiterorganisationen in der Ersten Kammer einzuführen, sobald die reichsgesetzliche Regelung der Arbeiterorganisationen stattgefunden hat“

Zu Ehren des Staatssekretärs v. Riberlen-Wächter fand gestern, Mittwoch, in der Residenz beim Prinzregenten größere Hofstafel statt, zu der u. a. geladen waren der preussische Gesandte v. Schloeger und Gemahlin, der Ministerpräsident Rodewils und Gemahlin und Finanzminister v. Pfaff.

In der Presse war die Nachricht verbreitet worden, daß in maßgebenden Kreisen der preussischen Finanzpolitik gegenwärtig der Plan erwogen werde, die untersten vier Stufen der Einkommensteuer demnächst fallen zu lassen, also die Einkommen bis zu 1500 M. von der Besteuerung zu entbinden. Erwägungen dieser Art sind jedoch lt. „Verl. Korr.“ aus rein finanziellen Gründen bei der preussischen Finanzverwaltung nicht in Frage gekommen.

Im Vatikan sind zwei Telegramme des Prinzen Marg eingetroffen, worin dieser dem Papst sowie dem Kardinalstaatssekretär seine nahe bevorstehende Ankunft in Rom mitteilt. Im Vatikan erklärt man, die ganze Angelegenheit sei bereits so gut wie erledigt.

Am 9. Januar wird der ehemalige Reichskanzler Fürst Bernhard von Bülow mit seiner Gemahlin das Fest der silbernen Hochzeit feiern. Fürst Bülow war Legationsrat der deutschen Botschaft in St. Petersburg, als er sich am 9. Juli 1886 in Wien vermählte. Die Fürstin Maria von Bülow ist bekanntlich Italienerin, eine Schwester des Fürsten di Comporeale, Senators des Königreichs Italien. Das fürstliche Paar dürfte seine Silberhochzeit in der Villa Malta in Rom erleben.

Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller beschloß, die sächsische Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung Einfuhrerleichterungen für Auslandsvieh oder wenigstens eine Erleichterung der Einfuhr argentinischen Fleisches und eine zeitweilige Herabsetzung des Einfuhrzolles zu beantragen.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Wiesbadener Regierungspräsident Dr. v. Meister die ihm angebotene Sammelfandatur für die kommenden Reichstagswahlen im zweiten hessischen Wahlkreis angenommen hat. Im Januar soll mit der Agitation begonnen werden. Die Konservativen und der Bund der Landwirte rechnen mit dem Siege Meisters, auch wenn die liberalen Parteien sich einigen, denn es kommen für sie die 9000 Stimmen des Zentrums in Betracht.

Zur Abgabe der „Kreuz-Ztg.“ an die Nationalliberalen schreibt die „Tägl. Rundschau“: Darnach steht es in der Tat um die Aussichten einer offiziellen Politik der Sammlung herzlich schlecht. Das hindert natürlich nicht, daß z. B. die unabhängige, keiner Partei und keinem Flügel dienstbare nationale Presse einer solchen Politik immer wieder vorarbeitet. Denn kommen muß sie. Müssen daher die Parteimonitore links und rechts diesen höheren Gesichtspunkt jetzt im Hader um zeitweilige parteitaktische Vorteile einfach ausschalten; er wird doch wieder sein Recht fordern.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 22. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb und den Minister Freiherrn von Bodman zur Vortragserstattung.

Nachmittags folgten die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherr von Babo und Dr. von Nicolai.

** In einer Notiz des „Pforzheimer Anzeiger“ über den Empfang einer Abordnung der Handelskammer Pforzheim seitens des Ministers des Innern, Freiherrn von Bodman, aus Anlaß der Lohnbewegung in der

Edelmetallindustrie in Pforzheim wird am Schlusse bemerkt, daß „nach eigener Angabe des Ministers der Fabrikinspektion laut Gewerbegesetzgebung in erster Linie Vertreter der Arbeiterinteressen und deshalb nicht unbefangene sei.“ Da dies so verstanden werden könnte, als ob der Minister zugegeben habe, der Vorstand der Fabrikinspektion sei befangen, muß festgestellt werden, daß der Minister diese Annahme der Arbeitgeber ausdrücklich bestritten und nur zugegeben hat, daß der Vorstand der Fabrikinspektion entsprechend seiner gesetzlichen Aufgabe als Arbeiterschutzbeamter die Interessen der Arbeiter besonders würdige und vertritt. Übrigens war die Leitung schon des ersten vom Ministerium des Innern anberaumten Termins zur Aussprache dem Landeskommissär übertragen, die Beamten der Fabrikinspektion sollten nur als Sachverständige mitwirken. Beim zweiten Termin sollte der Landeskommissär allein tätig sein.

** Hof- und Landesbibliothek. Frau Professor Luise Bernays, geborene Kühle, in Heidelberg hat aus der von ihrem verewigten Gemahle Professor Dr. Michael Bernays hinterlassenen Bibliothek 200 Bände mit über 4200 Einzelschriften meist zur deutschen Literaturgeschichte und klassischen Philologie, die zum Teil mit handschriftlichen Bindungen von Mitforschern an Jakob und Michael Bernays versehen sind, der Großh. Hof- und Landesbibliothek hochherzig als Geschenk überwiesen.

Die sehr wertvolle Sammlung wird zum ehrenreichen Andenken an den hervorragenden Forscher, der von seiner im Jahre 1890 erfolgten Übersiedlung von der Universität München bis zu seinem Tode (25. Februar 1897) in Karlsruhe wohnte, unter dem Namen „Sammlung Bernays“ als ungetrenntes Ganze aufgestellt.

Badische Landwirtschaftskammer.

E. Karlsruhe, 22. Dezember.

III. (Schluß.)

Präsident Prinz zu Löwenstein eröffnete 9¼ Uhr die gestrige Sitzung. Als Regierungsvertreter waren der Minister des Innern, Hr. von Bodman, Ministerialrat Arnold und Regierungskommissär amwesend.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Weiterberatung über den Antrag Biefhauer und Gen., betreffend die Errichtung einer Versuch- und Lehrwirtschaft für Pflanzenbau. Der Antrag lautet: „Die Landwirtschaftskammer wolle in den nächsten Voranschlag einen Betrag von 10 000 M. einsetzen zur Errichtung und zum Betrieb einer Versuch- und Lehrwirtschaft.“ Die Antragsteller sind der Überzeugung, daß unter Ackerbau noch außerordentlich großer Förderung fähig ist. Dies zu erreichen, indem die Fortschritte der Wissenschaft und Technik unserer Praxis vor Augen geführt und dadurch möglichst rasch und vollkommen dienbar gemacht werden, soll der Hauptzweck des zu errichtenden Betriebs sein. Mit dem Antrage hat sich bereits der Vorstand der Landwirtschaftskammer beschäftigt und hierzu folgenden Beschluß gefaßt: „Die Landwirtschaftskammer wird ersucht, Vorarbeiten für die Errichtung einer Versuch- und Lehrwirtschaft vorzunehmen und hierfür in den Voranschlag für das Jahr 1911 vorerst 300 M. einzusetzen. Dieser Betrag wurde bei der Voranschlagsberatung bereits genehmigt.“

Minister Hr. von Bodman: Mit großem Interesse habe ich die Begründung des Antrags gelesen. Es würde mir aber aus dem Vortrage nicht ganz klar, wie sich die erstrebte Lehrwirtschaft zu den bestehenden staatlichen Anstalten verhalten soll. Mir scheint, daß die Lehrwirtschaft keine andere Zwecke verfolgt, als die Saatgutauswahl Hochburg und die Lehranstalt Augustenberg. Es ist mir nicht klar, in welcher Weise mit der Lehrwirtschaft etwas anderes geschaffen werden soll und ob eine solche Wirtschaft eine Notwendigkeit ist. Mir erscheint es zweckmäßiger, die bestehenden Anstalten auszubauen, wenn sie den Bedürfnissen nicht entsprechen. Man wird mit besonderem Interesse dem Studium in dieser Frage entgegensehen können, das vorzunehmen die Kammer beschloffen hat. Erst wenn das Resultat hierüber vorliegt, kann die Regierung ihre Entscheidung treffen. Der Redner hat bei seiner gestrigen Antragsbegründung die bestimmte Hoffnung auf einen Staatszuschuß ausgesprochen. Dem gegenüber bemerke ich, daß die Lage des Staatshaushalts nicht derart ist, um neue Unternehmungen ins Leben zu rufen, wenn solche nicht unbedingt geboten sind. Wenn die Landwirtschaftskammer beschließt, eine solche Anstalt zu schaffen, dann muß es ihr überlassen werden, sie zu fundieren und fernerhin zu bezahlen.

Für den Antrag Biefhauer traten die Kammermitglieder Zettler und Grimm ein. Graf Bismark vertrat die Auffassung, daß eine solche Anstalt, wie der Antrag sie erstrebt, bei den Verhältnissen unserer Landwirtschaft, die hauptsächlich aus Kleinbetrieben besteht, einen praktischen, direkten Nutzen nicht habe. Versuche könne man ja einmal machen. Kammermitglied Huber vertrat die Auffassung, daß die Errichtung einer Lehrwirtschaft für unsere Landwirte große Vorteile bringen werde.

Für den Antrag sprach sich ferner Seib-Babst aus. Kammermitglied Seib-Liedolsheim führte aus, daß der Antrag eine Hebung des Getreidebaues bezwecken soll. Wenn man den Getreidebau heben will, dann muß man auch für einen Zollschutz sein und darf sich nicht gegen einen solchen aussprechen, wie es draußen in Versammlungen hier und da vorkommt, denn es steht fest, daß der Zollschutz auch dem kleinen Landwirt zugute kommt.

Der Vorstand der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg, Dr. Wegener, wies darauf hin, daß die Anstalt solche Versuche macht, wie sie der Antrag bezweckt. Diese bewegen sich natürlich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.

Hr. von Menzingen: Wir stehen auf dem von dem Herrn Minister vertretenen Standpunkt. Nachdem die 300 M. im Voranschlag für den Zweck des Antrags bereits genehmigt sind, halten wir eine weitere Erörterung der Sache nicht für notwendig und werden uns daher an der Debatte nicht beteiligen. Vizepräsident Sanger erklärte: Das Kammermitglied Seib-Liedolsheim hat sich veranlaßt gesehen, auf den Getreidezoll zu sprechen zu kommen und auf Grund von Auslassungen der politischen Presse, die auf Verdächtigungen und irriter Annahmen beruhen, Ausführungen zu machen, die sich nach einer bestimmten Seite richteten. Er hat allerdings kein Mitglied des Hauses genannt, man weiß aber doch, was er angedeutet. Wir können es der politischen Presse überlassen, die Sache richtig zu stellen. Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Kammermitglieder Derndinger, Stoll und Seib-Liedolsheim wurde beschlossen, durch die Annahme der im Voranschlag genehmigten 300 M. den Antrag für erledigt zu erklären.

Der erste Punkt der Tagesordnung, betreffend die Abschätzung des Tabaks auf den Grundstücken wurde nach Ausführungen des Präsidenten für gegenstandslos erklärt.

Punkt 12 betrifft den Ankauf von Hafer durch die Provinzialämter. Dem Antrage wurde nach kurzer Diskussion zugestimmt.

Es folgt die Beratung des Punktes 13 betr. den Antrag auf Errichtung einer Weinbauschule.

Kammermitglied Blantzenhörn-Niederweiser begründete kurz diesen Antrag. Hieraus sprach Kammermitglied Hauzer-Krozingen, um folgenden Antrag zu begründen: „Die Landwirtschaftskammer wolle die Großh. Regierung bitten: 1. einen Kredit von mindestens 500 000 M. bereitzustellen zur Gewährung von zinsfreien oder niedrig zu verzinsenden Darlehen an unterstützungsbedürftige Weinbauern; 2. den Bezug von Materialien zur Rebschädlingbekämpfung, wie Schwefel, Kupfervitriol, Nikotin titrice, zu erleichtern durch Übernahme eines Teiles der Bezugspreise, sowie durch eine außerordentliche Frachtermäßigung für die Beförderung der genannten Materialien, sowie von Düngemitteln und Saatartoffeln, für die geschädigten Weinbauern; 3. im Sinne des Antrages Blantzenhörn-Hauzer eine Winzerschule in Müllheim zu errichten, 4. der Landwirtschaftskammer einen außerordentlichen Betrag von 5000 M. zur Verfügung zu stellen zur Unterstützung der von ihr vorgesehene Maßnahmen zur Förderung des Weinbaues.“

An die Begründung der Anträge schloß sich eine längere Debatte, in der alle Redner für die weitgehende und mögliche Unterstützung der Weinbauern durch den Staat, sowie für eine energische und ausgedehnte Bekämpfung der Rebschädlinge eintraten.

Minister Hr. von Bodman: Es handelt sich zunächst um die Errichtung einer Winzerschule als einer Mittelschule, deren Absolvierung die Berechtigung zum Einjährigendienst verleiht, und die neben der allgemeinen Mittelschulbildung die Ausbildung der Schüler auf dem Gebiete der Landwirtschaft und des Rebbaues begünstigt. Was zur Begründung des Antrages auf Errichtung einer Weinbauschule gesagt wurde, ist zutreffend. Die Regierung wird diesen Antrag einer Prüfung unterziehen und darnach ihre Entscheidung treffen. Es bestehen aber auch gewisse Bedenken. Sie ergeben sich aus der Lage des Staatshaushalts und aus der Bedürfnisfrage. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht der Besuch schon bestehender Weinbauschulen zu erleichtern ist. Wir müssen bei allem die Lage des Staatshaushalts beachten und weiter berücksichtigen, daß der Staat in diesem Jahre stark in Anspruch genommen wird durch die Hochwasser-, Reb- und Hagelschäden. Wir haben gerade in der letzten Zeit 741 000 M. an die Norddeutsche Hagelversicherung zu bezahlen gehabt. (Hört, hört.) Von dieser Summe werden 185 000 M. durch erhöhte Beiträge und 556 000 M. aus den Mitteln des Hagelfonds gedeckt. Damit ist dieser Fonds nahezu erschöpft, denn es verbleiben in dem

Briefe von der Kronprinzenreise.*

Nachdruck verboten.

I.

S o l o m b o, Ende November.

Es war am Sonntag den 20. November, als bei Tagesanbruch von unserem schönen „Prinz Ludwig“ die Insel Ceylon gesichtet wurde. Wundervoll klar hob sich vom Morgenhimmel die hohe Gebirgskette, gekrönt von dem spitzen Adamspeak, ab; dahinter schimmerten die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne, und das prächtige Schauspiel eines echt tropischen Sonnenaufganges empfing die Reisenden. Es war erst 6 Uhr, als das Schiff im Hafen lag — es hatte seine Gäste gut und schnell zum Ziele geführt.

Wenn ich auf die Seereise im ganzen zurückblicke, so glaube ich, daß sie kaum glücklicher und ungetrübter hätte verlaufen können. Das Verhältnis zwischen dem Kronprinzenpaar und der übrigen Reisegesellschaft gestaltete sich dank der Natürlichkeit und dem Takte der hohen Herrschaften von vornherein überaus glücklich. Ich darf sagen, sie haben sich bei allen Reisegenossen, Deutschen wie Ausländern, eine wahre Liebe erworben. Wir hatten nur in Port Said und in Aden Aufenthalt. Von Aden bis Colombo hatten wir „Festwoche“

* Wir sind in der Lage, unseren Lesern Briefe eines Reisetagebuches über die Kronprinzenreise mitzuteilen. Wenn auch bei der weiten Fahrt, die die Briefe zurücklegen haben, die kurzen Tatsachen durch unsere Depeschmeldungen überholt sind, so werden die Schilderungen, die intimere Einblicke in die Einzelheiten der Prinzenreise gewähren, doch nicht an Interesse verlieren.

an Bord, ausgenommen den Buß- und Betttag, an dem allgemeine Ruhe beobachtet wurde. An den in Szene gesetzten Spielen nahm das hohe Paar mit lebhaftem Interesse und sichtlichem Vergnügen teil. Den Höhepunkt bildete das große Tanzischen Deutschland gegen England. Deutsche Mannschaft: der Kronprinz nebst sieben Herren des Gefolges; englische: Mr. W. R. Marton nebst einer entsprechenden Anzahl freigewählter Herren. Die Deutschen gewannen zweimal, und dieser Sieg erregte im ganzen Schiffe einen Riesens Jubel. „Im ganzen Schiffe“ sage ich; denn die Beliebtheit des Kronprinzen erstreckte sich bis auf die Feuer- und Maschinenleute, und selbst bis auf die chinesischen SteWARDS. Die Kronprinzessin gewann beim Ringwerfen einen ersten Preis. Beim Wetthutgarnieren fungierte sie als Preisrichterin.

Ein großes Kostümfest, bei dem der Kronprinz als Tiroler und seine Gemahlin als Japanerin erschien, und zu dessen Veranstaltungen die Herrschaften selbst hübsche Preise gestiftet hatten, bildete den Abschluß der „Festwoche“.

Und nun waren wir in Colombo. Punkt 8 Uhr legte sich das Boot des Gouverneurs von Ceylon, Sir Mc Callum, an. Er wurde sogleich in die Räume der Herrschaften geleitet, wo die Vorstellung erfolgte, und bald darauf erschienen sie aufbrudsfertig an Deck. Die Stunde des Abschieds vom „Prinz Ludwig“ hatte geschlagen.

Es war ein schönes Bild, als das Gouverneursboot in elegantem Bogen sich dem Lande zuwandte, indes an

Bord des Dampfes eine große Schar von Reisenden den hohen Gästen ununterbrochen zuwinkte und mit stürmischen Hochs und Hurras ihnen ihre Abschiedsgrüße zurief. Ich will hier bemerken, daß auf Ceylon ursprünglich sehr große Vorbereitungen ins Auge gefaßt worden waren — Ehrenwachen, Festmäler, Feuerwerk usw. —, daß sie aber auf den ausdrücklichen und wiederholten Wunsch der Herrschaften mit Rücksicht auf den privaten Charakter dieses Teils der Reise auf das aller-einfachste reduziert wurden. So wurde denn auch bei der Ankunft des „Grafen und der Gräfin von Ravensberg“ von allen sonstigen Zeremonien abgesehen. Das Galle Facehotel hatte sich für den hohen Besuch schon seit längerer Zeit würdig vorbereitet. Es war auf alle Weise frisch hergerichtet worden. Den Beschluß des ersten Tages machte ein Abendessen beim Gouverneur.

Folgenden Tags holte der Gouverneur schon vormittags das hohe Paar zu einer Motorfahrt durch die Stadt ab, wobei natürlich die Eingeborenenstadt mit ihrem bunten orientalischen Leben und Treiben das besondere Interesse der Reisenden erregte.

Das Hauptereignis des Tages war das große Gartenfest, das der Gouverneur den hohen Gästen zu Ehren gab, eine wundervolle Veranstaltung, bei der zu dem schönen Garten von Queens Souze auch noch die nach Gordon genannten Anlagen hinzugezogen waren. Ein glänzender Schauplatz — eine glänzende Gesellschaft. Alles vor Stand und Bedeutung war eingeladen, und die eleganten Toiletten der Damen, die farbenreichen, malerischen Trachten der Eingeborenen, der schöne tropische Park: das gab zusammen ein seltenes Bild, das denn auch offen-

selben nur noch 7000 M. Wir stehen also im nächsten Jahr den Hagenschäden mit fast leeren Händen gegenüber. Das ist eine ernste Belastung für die Staatskasse. Eine weitere steigende Belastung erwächst der Staatskasse durch die Rindviehverzehrung, für die im Jahre 1909 246 000 M. zu leisten waren. Der Betrag wird sich im Jahre 1910 erhöhen. Die Aufwendungen für die Landwirtschaft sind im Laufe der Jahre erheblich gestiegen. Sie betragen im ordentlichen Etat 1888 316 000 M. und stiegen bis zum Jahre 1909 auf 859 000 M. Dazu kommen im außerordentlichen Etat noch 200 000 M. Wir leisten für die Landwirtschaft viel. Dazu kommt, daß die Einnahmen durch Steuer- und Pachtzuschlässe erheblich abnehmen. Der Pachtzuschlag der Domäne an die Geschädigten beträgt allein 80 000 M. Diese Tatsachen sind zu beachten auch bei der Hilfeleistung für die Nebbauern. Darüber, daß Hilfe notwendig ist, sind wir alle einig. Die Regierung hat ja auch schon das Notwendige angeordnet. Wenn die veranlaßten Erhebungen abgeschlossen sind, wird sich zeigen, wie und wo geholfen werden muß. Die Regierung hat bereits verschiedene Schritte getan, sowohl zur Unterstützung der Nebbauern, wie zur Bekämpfung der Rebschädlinge. Was den Kredit von 500 000 M. betrifft, so kann ich mich nur vorsichtig ausdrücken, da ich mich mit dem Herrn Finanzminister über den erst heute gestellten Antrag nicht in Verbindung setzen konnte. Ob eine solche Summe nötig ist, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Einen unverzinslichen Kredit aus Staatsmitteln zu gewähren, läßt das Gesetz nicht zu, da das Geld aus der Amortisationskasse genommen wird, welche unverzinsliche Darlehen nicht geben darf. Im übrigen werden die Anträge einer eingehenden Prüfung von Seiten der Regierung unterzogen werden. Die Bekämpfung des Seu- und Sauerwurms ist dringend geboten, aber sie muß ganz allgemein sein, wenn der gewünschte Erfolg erzielt werden soll. Um dies zu erreichen, ist eine polizeiliche Vorschrift geboten. Die Bekämpfung des Seu- und Sauerwurms ist von solcher Bedeutung für unsere Nebbauern, daß sie allgemein durchgeführt werden muß. Die Wünsche bezüglich des Feuerfreien Hausstrunks und der Bewahrung von Waldstreu werde ich bekräftigen. (Beifall.)

Nach einem Schlußantrag fanden hierauf die Anträge mit allen gegen 2 Stimmen Annahme.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Fleischsteuerung.

Kammermitglied Veterinär Dr. Müller-Kadolfzell berichtete kurz über die von der Regierung an die Kammer in dieser Frage gerichteten Anfragen. Er knüpfte daran kurze allgemeine Bemerkungen, wobei er ausführte, daß zur Bekämpfung einer Fleischsteuerung die einheimischen Viehbestände gehoben werden müssen. Das wird aber nur eintreten, wenn die Viehpreise derartige sind, daß die Viehhaltung eine rentable ist. Ein allzuhoher Viehpreis ist aber auch nicht gut für unsere Viehhaltung, weil dann zu viel Vieh verkauft wird und es dann an dem Aufzuchtmaterial fehlt.

Direktor Dr. Müller legte in längerer Ausführungen dar, daß die Landwirtschaftskammer Erhebungen zur Klärung der Frage angestellt hat, die ergeben, daß der Landwirt nicht Schuld an den hohen Fleischpreisen trägt. Seine Darlegungen gipfelten in folgender Resolution: „Die Landwirtschaftskammer kann nach der derzeitigen Marktlage kein Bedürfnis für die Einfuhr französischer Rindvieh anerkennen. Sie muß vielmehr in der Fortdauer derselben eine bedenkliche Schädigung der Entwicklung der einheimischen Viehproduktion erblicken. Das inländische Angebot an Vieh, namentlich in den Landgemeinden wird zurzeit bereits vernachlässigt und würde in der Zukunft noch mehr vernachlässigt werden. Es würde eine Lage geschaffen, die den Viehzüchtern und den Viehmätern entmutigt und die Vornährbewegung der inländischen Fleischproduktion aufhalten würde, ohne den Konsumenten eine erhebliche Fleischverbilligung zu bieten.“

Minister Herr von Bodman: Es handelt sich hier um eine sehr wichtige Frage, um die Frage, wie die inländische Viehproduktion auf der Höhe gehalten werden kann. Auch ich bin der Ansicht, daß das Hauptmittel gegen zu hohe Fleischpreise die Hebung der inländischen Viehproduktion ist. Um das zu erreichen, besitzen wir als Hauptmittel den Fellschutz und den Seuchenschutz. Die Verbündeten Regierungen halten an beiden fest. Der Fellschutz hat den Zweck eines wirtschaftlichen Schutzes, während der Seuchenschutz die Gefahren einer Seucheneinführung von uns fernhalten soll. Der Seuchenschutz darf also nur insoweit angewendet werden, als dies zur Abwehr einer solchen Gefahr notwendig ist. Wenn aber keine Seuchengefahr besteht, kann die Regierung gegenüber einem seuchenfreien Lande die Sperre nur aufrecht erhalten, wenn Befürchtungen bestehen, daß die Seuche rasch wieder ausbricht und eingeschleppt werden könnte. Die Sperre kann aber wegen einer solchen weitgehenden Befürchtung auch nicht uneingeschränkt aufrecht erhalten werden, wenn andere Gründe für ihre Beibehaltung sprechen. Und solche Gründe waren in diesem Jahre vorhanden, indem die Vieh- und Fleischpreise eine außerordentliche Höhe erreicht haben. Darunter hatten viele Kreise der Bevölkerung gelitten. Es sind deshalb ernste Klagen an die Regierung gelangt. Angesichts dieser Tatsachen und im Hinblick darauf, daß in Frankreich seit 1 1/2 Jahren die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, war die Sperre gegenüber diesem Lande

bar den Kronprinzen und die Kronprinzessin höchlich an- zogen und ergötzte. Der Kronprinz trug grauen Rodanzug mit braunen Schuhen, die Kronprinzessin war ganz in Weiß gekleidet und hatte dazu einen großen, weißen, mit schwarzem Samt gerahmten Hut.

Am Abend speiste der Gouverneur mit seinem nächsten Gefolge bei dem Kronprinzenpaar im Hotel; auch der deutsche Konsul und Bizekonsul, die Herren Philipps und Reinhard Freudenberg, waren eingeladen.

Am Mittwoch vormittag verließen die Herrschaften das gastliche Colombo, um mit einem aus mehreren Salonwagen zusammengeführten Sonderzuge nach Kandy, der altberühmten Königstadt, zu reisen. Herr Reinhard Freudenberg begleitete sie als Führer. Nirgends war offizieller Empfang, doch hatte sich eine stattliche Menge von Eingeborenen und Euroväern auf dem Bahnhof in Kandy eingefunden. Gegen Abend wurde die Pallakellyform benutzt, eine große Plantage, wo die Gewinnung des Gummis den hohen Gästen in allen Teilen demonstriert wurde. Leider machte das Wetter einen Spaziergang in der Plantage unmöglich.

Der folgende Tag war vor allem der Hauptsehenswürdigkeit von Kandy, dem berühmten Buddhatemple, gewidmet, wo der Oberpriester selbst den Führer machte und dem Paare den heiligen Zahn Buddhas, sein großes Kristallbild und die kostbaren alten Manuskripte zeigte. Der Kronprinz zeigte lebhaftes Interesse für diese Schätze und stellte besonders viele Fragen über die buddhistische Religion. Die nächste Station ist Nuwara Eliya.

nicht in unverändertem Umfange aufrecht zu erhalten, und hat die Regierung in beschränktem Maße die Einfuhr von Rindvieh und Schweinen zugelassen. Zu beachten ist auch, daß nach der Viehzählung der Rindviehbestand des Landes um 8000 Stück zurückging. Demgegenüber hat allerdings die Zahl der Schweine um 21 000 Stück zugenommen. Der Rückgang des Rindviehs ist ja noch keine bedenkliche Erscheinung, er ist aber in der Hauptsache gerade darauf zurückzuführen, daß die hohen Schlachtviehpreise die Landwirte veranlaßten, zu verkaufen. Der Meinung, daß die Landwirtschaft Schuld an den hohen Fleischpreisen trage, bin ich in der Öffentlichkeit noch nicht begegnet. Ich hätte gewünscht, daß die Vorschläge der Regierung, die an die Kammer gelangten, eine eingehendere Prüfung erfahren hätten. Versuche, die Viehverwertung zu fördern, sind nur zu begrüßen.

Nach kurzer Diskussion wurde die Resolution mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Landwirtschaftskammer stimmte sodann zu dem Antrage Württemberg, dem Landesverein für Bienenzucht eine Beihilfe zur Beschaffung der Wanderausstellung in Konstanz zu bewilligen. Darauf nahm die Kammer die sachgemäßen Vorschläge vor. Es wurden gewählt: als Vertreter beim Deutschen Landwirtschaftsrat die Kammermitglieder Prinz zu Löwenstein, Sänger, Schüler und Württemberg, als Mitglied des Badischen Eisenbahnrats Kammermitglied Niehm. Ferner wurden gewählt die 7 Ausschüsse und in den Vorstand der Kammer die Kammermitglieder Prinz zu Löwenstein, Sänger, Schüler, Niemeisel und Dornbinger.

Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht. Der Präsident schloß dieselbe mit einem Hoch auf den Großherzog, in das die Kammermitglieder begeistert einstimmten.

Aus der Residenz.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion wird uns geschrieben: Wegen Erkrankung des Herrn Herz können die Proben zu dem neuen Schauspiel „Der und Diener“ von Hulda nicht fortgesetzt werden. Infolgedessen muß die für den 23. d. M. angekündigte Eröffnung einer Vorstellung erlahnen.

(Technische Hochschule.) Die bei der Feier des Rektoratswechsels in Gegenwart des Großherzogs in der Aula gehaltenen Reden — der Jahresbericht über das Studienjahr 1909/10 von Geh. Hofrat Prof. Dr. von Sesselhauser und die Festrede des Geh. Hofrats Prof. Dr. Städel über „Geltung und Wirksamkeit der Mathematik“ — sind soeben bei der G. Braunschen Hofbuchdruckerei im Druck erschienen.

Sch. (Der Militärverein Karlsruhe) hat nachfolgende Veteranen, die sich um das Vaterland und das Militärwesen besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernannt: den Herrn Minister des Innern Frhr. von und zu Bodman, den Herrn Minister des Groß. Kaufes und der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. Marschall von Bieberstein, den Herrn Generalleutnant und Stadtkommandanten Frhr. Kind von Waldenstein und den Herrn Generalmajor a. D. Frhr. Ferdinand Wöber von Diersburg, Präsidialmitglied. Die erkannten drei Herren haben den Feldzug 1870/71 als Kriegsfreiwillige beim 5. Bad. Infanterieregiment, der letztere als solcher beim Bad. Feld-Artilleriesregiment Nr. 14 mitgemacht, sämtliche haben dem Militärverein und seinem Bestreben, teilweise als Mitglieder, jederzeit reges Interesse entgegengebracht. Das Ehrenmitglied wird denselben bei der Kaiserfeier am 14. Januar im Apollotheater überreicht werden, womit gleichzeitig eine Ehrung der Veteranen und die Verleihung der Jubiläumsmedaille für 25 jährige Zugehörigkeit zum Militärvereinsverbande an 170 Mitglieder verbunden wird. Im Jahre 1912 feiert der Militärverein sein 40 jähriges Stiftungsfest. Sein Gründer ist Herr Geheimrat Kommerzienrat Karl August Schneider, Ehrenmitglied des Militärvereins, Hauptmann a. D. Schneider ist auch Gründer des Alb- und Pfinggau-Militärvereinsverbandes u. des Bad. Militärvereinsverbandes. Der Staatsminister Dr. Frhr. von Dufsch, 1870/71 Kriegsfreiwilliger beim Leibdragoonenregiment, ist ebenfalls dem Militärverein als aktives Mitglied beigetreten. Wegen die dem Verein nach fernstehenden gedienten Soldaten diesem Beispiele nachfolgen und sich bald anmelden, denn die Militärvereine sind und bleiben der berufenen Sammelplatz für die alten Kameraden der gesamten deutschen Armee.

(Das Weihnachtssongert) des Vereins für evang. Kirchenmusik findet am ersten Weihnachtstages nachmittags 4 Uhr in der evangelischen Stadtkirche statt.

Badische Chronik.

BC. Aelschhofen, 21. Dez. Von vorgestern abend 5 Uhr bis heute morgen 7 Uhr hat das Kuhfleisch hier um 17 Pf. abgefallen. Gestern abend wurde durch die Ortsbehörde bekannt gemacht, daß man bei Metzger Gromer das Pfund Kuhfleisch für 62 Pf. haben kann. Heute früh 7 Uhr ließ Metzger Pfeil daselbe um 45 Pf. bekannt machen.

BC. Schweiningen, 21. Dez. Auf Vorschlag der nationalliberalen Partei haben sich die vier Bürgerausschußfraktionen (Nationalliberale, Fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokraten und Zentrum) geeinigt, denjenigen Kandidaten zum Bürgermeister zu wählen, der nach vollzogener Probeabstimmung in den einzelnen Fraktionen insgesamt die meisten Stimmen erhält. Nachdem die in der engeren Wahl gezogenen 4 Kandidaten den Wählern sich vorgestellt hatten, fand gestern abend die Probeabstimmung statt. Das Ergebnis war eine Majorität für Herrn Bürgermeister Hartmann in Eisenach.

oc. Eutingen, 21. Dez. Eine von 300 Goldarbeitern besuchte Versammlung sprach sich gegen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit am 2. Januar aus.

Baden-Dos, 22. Dez. Zu der von uns gestern veröffentlichten Mitteilung der Badischen Korrespondenz über einen Unfall in der Luftschiffhalle in Baden-Dos wird uns von der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft Frankfurt a. M. geschrieben: Es wurde an einem Heinen 3 HP. Motor bei herausgenommenen Kolben gebohrt. Das Gas im Zylinder entzündete sich hierbei naturgemäß, wodurch ein Mann, der sich am Zylinder zu schaffen machte, leichte Brandwunden an den Händen erlitt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Haiderabad, 21. Dez. Der Kronprinz dinierte gestern abend in der Residenz. Später war Empfang. Die Straßen waren glänzend beleuchtet. Heute mittag reiste der Kronprinz nach Bombay ab.

Bombay, 22. Dez. Der deutsche Kronprinz ist heute wieder hier eingetroffen. Er reist heute mittag nach Jaipur ab.

Leipzig, 22. Dez. Spionageprozeß. In dem Spionageprozeß wurde heute nachmittag 1/2 5 Uhr das Urteil verkündet. Die Angeklagten Trend und Brandon wurden zu je 4 Jahren Festung unter Anrechnung von je 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Berlin, 22. Dez. Die „Korrespondenz für nationale Politik“ erfährt, haben in diesen Tagen zwischen einer Reihe maßgebender Reichstagsabgeordneter und den Schiffsahrtinteressenten Besprechungen stattgefunden, wobei man sich dahin verständigte, die Erledigung der Schiffsahrtabgaben-Vorlage dem neuen Reichstage vorzubehalten.

Rom, 22. Dez. Der Ministerpräsident brachte gestern in der Kammer den Gesetzentwurf betreffend die Wahlreform ein.

Hofheim, 22. Dez. Der Metallarbeiterverband hat heute über die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit abgestimmt. So weit sich bis jetzt vorzusehen läßt, wird die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks nicht zustande kommen, so daß voraussichtlich am 2. Januar die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen wird. (Auf eigene telephonische Anfrage wird uns noch mitgeteilt: So viel bis jetzt verlautet, hat sich die Mehrzahl der Arbeiter für Wiederaufnahme der Arbeit am 2. Januar entschieden. Ein endgültiges Ergebnis ist aber noch nicht bekannt, und soll vom Deutschen Metallarbeiter-Verband auch erst morgen veröffentlicht werden.)

Verschiedenes.

Leipzig, 21. Dez. Der verstorbene Vergewerksbesitzer Adolf Schmeider hinterließ für die Errichtung eines Waisenhauses testamentarisch vier Millionen Kronen.

Magdeburg, 20. Dez. Der verstorbene Begründer der Maschinenfabrik A. Wolf in Budau, Geh. Kommerzienrat Rudolf Wolf, hat 200 000 M. für das hiesige Kaiser Friedrich-Museum testamentarisch hinterlassen.

Essen, 21. Dez. Die Strafkammer hat im Wiederaufnahmeverfahren eine Bergmannsfrau aus Gelsenkirchen freigesprochen, die bereits 8 Monate von einem Jahre Zuchthaus verbüßt hat, das ihr wegen eines angeblich geleisteten Meineides auferlegt worden war.

Lissabon, 21. Dez. Der Stand der Cholera auf Madeira gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß. Bis jetzt sind mehr als 3000 Todesfälle vorgekommen. In der Stadt Machia in Funchal und Santa Cruz kam es zu Zusammenstößen zwischen dem Pöbel, der die Apotheken zerstörte, und dem Militär.

Chicago, 20. Dez. Rockefeller hat für die hiesige Universität 10 Millionen Dollars gestiftet. Die Gesamtstiftungen Rockefellers für die Universität belaufen sich auf etwa 35 Millionen Dollars.

Chicago, 22. Dez. Bei einem großen Brande sind 25 Feuerwehrleute ums Leben gekommen.

Boston, 21. Dez. Die Zahl der derzeit der Explosion in der Grube befindlichen Bergleute wird auf 350 geschätzt. Es wird vermutet, daß die Explosion durch Anzünden eines Fündholzes oder Zerbrechen einer Lampe hervorgerufen worden ist. Einer der Unterdirektoren, der versuchte, sich ohne Rauchschutzapparat an den Rettungsarbeiten zu beteiligen, ist erstickt.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 22. Dezember 1910.

Mit abnehmender Tiefe ist die gestern im Nordwesten Europas erschienene Depression, dem Golfstrom folgend, nach dem Nordmeer weiter gezogen, ohne ihren Einfluß in das Binnenland herein geltend gemacht zu haben. Dieses wird vielmehr noch von hohem Druck bedeckt und das Wetter ist deshalb teils heiter, teils neblig. Im Süden und Osten Deutschlands herrscht dabei leichter Frost. Das Hochdruckgebiet wird voraussichtlich weiteren Bestand haben; es ist deshalb leicht bewölkttes Wetter mit leichtem Frost und Morgennebeln zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 22. Dezember, früh:

Lugano wolkenlos - 1 Grad, Biarritz bedeckt 7 Grad, Coruna bedeckt 5 Grad, Perpignan bedeckt 3 Grad, Nizza wolkenlos 7 Grad, Triest wolkenlos 5 Grad, Florenz wolkenlos 1 Grad, Rom wolkenlos 4 Grad, Cagliari bedeckt 10 Grad, Brindisi halbbedeckt 10 Grad, Gorta (Izoren) bedeckt 13 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Relativ. Feucht. in Proz.	Wind	Sinn et
21. Nachts 9 ^h II.	757.4	2.2	4.9	91	ENE	wolkenlos
22. Mrgs. 7 ^h II.	758.5	-2.2	3.6	92	SE	heiter
22. Mitts. 2 ^h II.	758.5	2.4	4.8	87	Still	„

Höchste Temperatur am 21. Dezember: 8.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -2.1. Niederschlagsmenge, gemessen am 22. Dezember, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 22. Dezember, früh: Schufter in je l 2.30 m, gefallen 10 cm; St ehl 3.20 m, gefallen 12 cm; Magau 5.06 m, gefallen 17 cm; Mannheim 5.00 m, gefallen 18 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur G. A. M. e. n. d. in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Hans Legendecker
Herren-Schneiderei ersten Ranges
Kaiserstraße 177 II Fernruf: 1516

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine geliebte Frau, unsere treue Mutter

Frau Paula Burkart

geb. Maier

nach kurzem, aber schweren Leiden im Alter von 27 Jahren zu sich zu nehmen.

Bruchsal, den 21. Dezember 1910.

In tiefer Trauer:
Professor A. Burkart
und Kinder.

Die Beerdigung findet Freitag den 23. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, statt. R.155

Hotel Grüner Hof

Beehre mich hierdurch mitzuteilen, daß ich mein

HOTEL GRÜNER HOF

seit 1. Dezember d. Js. in Selbstbetrieb übernommen und die Geschäftsführung Herrn Hoteldirektor K. Eisinger übertragen habe.

Zur Abhaltung von Familienfestlichkeiten, Tanzunterhaltungen und sonstigen Veranstaltungen halte ich die geeigneten Räume unter Zusicherung guter Bedienung bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll
A. PRINTZ, Brauerei.

R.169.10.1

Friedrichsbad Karlsruhe,
Kaiserstraße 136.

Salon- u. Wannenbäder

1., 2. und 3. Klasse, R.772

alle im **2. Stock** gelegen — keine **Bodenkälte**. Gleichmäßig erwärmt — den ganzen Tag geöffnet — rasche Bedienung

Mittwochs und Samstags bis 10 Uhr abends.

Syndikatsfreies Kohlen-Kontor Karlsruhe

Karlstraße 20 G. m. b. H. Telephon 2644

Wir offerieren für prompte Lieferung:

- la Rußkohlen II**, in unserer bekannt guten Qualität à M. 1.20
- la engl. Anthrazitnuß II**, nachgefeibt à M. 1.95
- la Braunkohlenbricketts**, nur Bahnbezug à M. 1.15
- la Ruhrfettnuß II**, nachgefeibt à M. 1.40
- la Ruhrfettnuß III**, nachgefeibt à M. 1.35
- Fettschrot** à M. 1.10

sowie alle anderen Sorten Kohlen und Holz billigt,

R.106

per Zentner frei vors Haus, gegen bar, frei Keller 5 Pf. mehr.

Spiegel & Wels

≡ Karlsruhe ≡

Größtes Spezialhaus für feine

Herren- und Knaben-Bekleidung

Unser

Weihnachts-Verkauf

bringt ausserordentlich vorteilhafte Angebote in allen Abteilungen

R.151

F. Wolff & Sohn's

Feine
Mode-Parfüms

in eleganter Ausstattung.

DIVINIA
Bouquet Empire
Rose de Chiraz
Veilchen-Tropfen
Maiglöckchen.

Neu:

Violette - Rocco
Kallisto Grandiflora.

Sämtliche Parfüms sind auch in Miniaturflacons erhältlich.

Luise Wolf Wwe.

Karl-Friedrichstr. 4
Ecke Zirkel

Ein wachsender Hofhund

gleich zu

kaufen gesucht.

Syndikatsfreies
Kohlen-Kontor Karlsruhe
G. m. b. H.

20 Karlstraße 20
Telephon 2644

Bürgerliche Rechtskreite.

Konkursverfahren.
R.157. Nr. 12801. A.V. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma „Badenia-Automat“, Ges. m. b. H. in Karlsruhe, Kaiserstr. 25, wurde heute, am 20. Dezember 1910, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Kaufmann Eaver Karth, hier, bestellt, 11, wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 10. Februar 1911 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Mittwoch, den 18. Januar 1911, vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch, den 22. Februar 1911, vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 2, 1. Stod, Zimmer Nr. 11, Termin anberaunt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Februar 1911 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 20. Dezember 1910.
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts A. V.:
Fuchs.

Konkursverfahren.
R.165. Nr. 13976. A. III. Karlsruhe. Über den Nachlaß des am 14. Oktober 1910 verstorbenen Wilhelm Hermann Theodor Kälberer, zuletzt in Karlsruhe wohnhaft, wurde heute am 21. Dezember 1910, vormittags 12 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Herr Rechtsanwalt Seinel hier ist zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 27. Januar 1911 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag, den 13. Januar 1911, vormittags 10 1/2 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag, den 10. Februar 1911, vormittags 11 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 2, III. Stod, Zimmer Nr. 68, Termin anberaunt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 3. Februar 1911 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 21. Dezember 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts A. III.:
Gruner.

Bekanntmachung.
R.163. Nr. 21476 u. 21486. Säckingen. Auf Antrag der Erben wird

über den Nachlaß des verstorbenen Gerichtsassessors **Karl Müller**, zuletzt Notariatsverwalter in Nickenbach, Amt Säckingen, die Nachlassverwaltung angeordnet.

Zum Nachlassverwalter wird **Aktuar Aloß** beim Notariat Nickenbach ernannt.
Säckingen, den 16. Dezember 1910.
Großh. Amtsgericht I:
Dr. Kohler.

Konkursverfahren.
R.164. Nr. 31507. Schwetzingen. Über den Nachlaß des Schneidermeisters **Heinrich Karl** in Ebingen wurde am 20. Dezember 1910, nachmittags 5 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Herr Ratsschreiber Kunzelnick in Ebingen wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 3. Januar 1911 bei dem Gerichte anzumelden. Die Anmeldung kann schriftlich eingereicht oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden. Die urkundlichen Beweisstücke oder eine Abschrift derselben sind beizufügen.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 17. Januar 1911, vormittags 10 1/2 Uhr,
vor dem Gr. Amtsgericht Schwetzingen Termin anberaunt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Erben zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. Dezember 1910 Anzeige zu machen.
Schwetzingen, 21. Dezember 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Ulrich.

**Süddeutscher
Donau-Umschlagsverkehr
über Regensburg usw.**

Auf 1. Januar 1911 wird für den Donau-Umschlagsverkehr mit badischen Stationen über Deggendorf, Passau und Regensburg Donauländer ein neuer Tarif ausgeben, wodurch die Tariffeste 1 und 2 vom 15. Juni 1904 aufgehoben und ersetzt werden.

Zu Verlehen mit Mannheim Industriezweigen treten einige geringfügige Frachterhöhungen ein, die erst ab 1. März 1911 gelten.

Der Verkaufspreis des neuen Tarifs beträgt 1,30 M.

Weitere Auskunft erteilen die Güterabfertigungsstellen. R.158
Karlsruhe, den 20. Dezember 1910.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.